

Die unklare Rolle der Lobbyisten

Über 200 Lobbyisten weibeln in den Vorzimmern der eidgenössischen Räte für die Anliegen ihrer Auftraggeber. Der Ständerat debattiert am Dienstag über eine neue Zutrittsregelung. Denn nicht immer ist klar, wer für wen arbeitet.

EVELINE RUTZ

BERN. «Bis dein Gesamtkunstwerk steht, dauert es doch viel zu lang.» Martin Schläpfer, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik bei der Migros, und Ständerat Pirmin Bischof (CVP/SO) diskutieren im Café Vallotton im Bundeshaus. Thema ist das Kartellrecht, das als Reaktion auf den starken Franken überarbeitet werden soll. Bis das revidierte Gesetz in Kraft ist, dürfte es noch Jahre dauern. Schläpfer weibelt deshalb für eine Motion von Konsumentenschützerin Prisca Birrer-Heimo (SP/LU), die am 24. April in der Wirtschaftskommission behandelt wird. Sie will verhindern, dass Verteiler von Markenprodukten Währungsgewinne abschöpfen. Der Detailhandel, der nicht selber importieren dürfe, brauche sofort eine Lösung und nicht erst 2016, sagt Schläpfer. Bischof ist dagegen. «Wir sollten das Gesetz als Paket verabschieden», sagt er und erkundigt sich nach einzelnen Zahlen. «Die werde ich dir mailen», verspricht Schläpfer und leert seinen Espresso. Es ist nicht der erste an diesem Morgen.

Genaue Zahl nicht feststellbar

Rund 260 Personen, die bestimmte Interessen vertreten, haben derzeit Zugang zum Parlamentsgebäude. Darunter sind Verbandsvertreter, Gewerkschafter sowie «reine» Lobbyisten, die von mehreren Auftraggebern Mandate übernehmen. Die genaue Zahl lässt sich nicht eruieren. Im Internet ist zwar einsehbar, welcher Parlamentarier wer seine beiden Gästekarten überlässt. Ob jemand tatsächlich Lobbyist oder bloss persönlicher Mitarbeiter eines Parlamentariers ist, lässt sich in der Praxis aber nur schwer feststellen. «Es herrscht zu wenig Transparenz», kritisiert Ständerat Didier Berberat (SP/NE). In einer parlamentarischen Initiative fordert er, für die Akkreditierung von Lobbyisten eigene Kriterien festzulegen und ein öffentliches Register zu führen. Dieses soll über Mandate sowie Arbeitgeber Auskunft geben. «Ich will wissen, in welchem Auftrag jemand unterwegs ist», sagt Edith Graf-Litscher (SP/TG). Mit einem separaten Status habe man zudem die Möglichkeit, ein Kontingent festzulegen, sagt sie. 2009 war sie mit einem ähnlichen Vorstoss gescheitert.

Von einem «Gemauschel sondergleichen» spricht der Publizist Viktor Parma. Die Lobbyisten schrieben sich in ihren Standes-



Hochburg der Lobbyisten: Das Café Vallotton im Bundeshaus.

Bild: www.parlament.ch

regeln zwar vor, offen zu arbeiten, sagt Parma. Tatsächlich sei jedoch häufig unklar, wer sich in wessen Auftrag in der Wandelhalle bewege. «Man muss sie dazu zwingen, Transparenz herzustellen», findet er und unterstützt die Idee Berberats. Solange diese nicht umgesetzt sei, hätten solche Interessenvertreter im Bundeshaus eigentlich nichts zu suchen.

Dass es für einen Parlamentarier unangenehm sein kann, mit seinen Gästen in Verbindung gebracht zu werden, hat Ständeratspräsident Hans Altherr erfahren. In der letzten Legislatur hatte er seine Badges einer Menschenrechtlerin und einem Pharmavertreter vergeben. «Prompt wurde mir eine Nähe zur Pharmabranche unterstellt.» Er war es bald leid, sich dauernd rechtfertigen zu müssen. Heute gewährt er seiner Partnerin einen Zutritt.

«Rechte und Pflichten»

«Wir möchten offiziell als Informationsvermittler anerkannt werden», sagt Fredy Müller, Präsident der Schweizerischen Public-

Affairs-Gesellschaft (Spag). Ein eigene Akkreditierung sei seit Jahren ein Ziel; Berater nehme ein berechtigtes Anliegen auf. «Wir müssen uns legitimieren, dazu gehören Rechte und Pflichten.»

Die Dosis entscheidet

Lobbyisten seien bei der Informationsbeschaffung eine Hilfe, sagt Bischof. Er höre sich die verschiedenen Argumente an und wäge schliesslich sorgfältig ab, wie er dies auch als Anwalt mache. Auf sein Abstimmungsverhalten hätten Interessenvertreter aber keinen Einfluss. «Ich bin ausschliesslich meiner Wählerschaft verpflichtet.» Hannes Germann (SVP/ZH) stimmt dem zu. Sie mit Lobbyisten auszuzuschauen, sei gerade bei fachlich anspruchsvollen Fragen hilfreich. «Doch die richtige Dosis ist entscheidend.»

Motionärin Birrer-Heimo freut sich darüber, dass Schläpfer ihr Anliegen auch in bürgerliche Kreise trägt. «Als SP-Politikerin habe ich zu diesen nicht immer den gleichen direkten Draht.» Werde zu stark lobbyiert, könne dies aber

kontraproduktiv sein: Ein Parlamentarier könne einen Lobbyisten, der dauernd seine Anliegen plazieren wolle, schnell einmal als aufdringlich empfinden.

Er verstehe sich nicht als Einflüsterer oder Strippenzieher, sagt Schläpfer, der seit 2003 für die Migros arbeite. In einer komplexeren gewordenen Welt sensibilisiere er für einzelne Themen und vermittele Wissen. «Das ist bei vielen Lobbyisten ein vorgeschobenes Argument», sagt Parma. Die so genannten Fachleute von Finanz- und Atomindustrie zum Beispiel hätten gerade in jüngster Zeit in entscheidenden Fragen versagt. «Sie wissen nicht, was sie verkaufen.»

Steigender Druck auf Politiker

Es werde immer aggressiver lobbyiert, stellt Parma, der seit den Achtzigerjahren als Journalist in Bern arbeite, weiter fest. Parlamentarier würden zunehmend unter Druck gesetzt. Das geht offenbar so weit, dass einzelne Agenturen kurz vor Abstimmungen gezielt SMS verschicken. «Das

ist eines Milizparlamentes nicht würdig», sagt Parma, «und schadet der politischen Entscheidungsfindung.»

Jeder Parlamentarier könne selbst entscheiden, ob er sich mit einem Lobbyisten unterhalten wolle oder nicht, betont Spag-Präsident Müller. «Im Prozess der Entscheidungsfindung sind wir nur ein Element.» Zu einem konträren Schluss kommt Thomas Minder (parteilos/SH). «Die Lobbyisten tragen wesentlich dazu bei, dass das Parlament derart träge ist», sagt er. Sie nähmen sehr stark Einfluss, weshalb beispielsweise seine Abzocker-Initiative mehrfach verzögert worden sei. «Diese Leute sind aus dem Bundeshaus zu verbannen», findet Minder und hat kürzlich einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. «Das bringt doch nichts», entgegnet CVP-Politiker Bischof. Lobbyismus finde dann einfach im Verborgenen statt. Eine Einschätzung, die Müller teilt. «Unsere Arbeit würde damit nicht beeinträchtigt, sondern bloss vors Bundeshaus verlegt.»

KUNTERBUND



Eben konnte der nicht wiedergewählte St. Galler SVP-Nationalrat **Elmar Bigger** noch hoffen, für den Rorschacher Stadtpräsidenten **Thomas Müller** in den Nationalrat nachzurutschen. Der nämlich überlegte sich im «Sonntags-Blick», wegen der «Kuschelpolitik» der Schweiz mit den USA nach Brasilien auszuwandern. Nun will Müller doch nicht, wie er dem Tagblatt schon am Dienstag anvertraute. Es gilt wieder einmal das in der Politik sattsam bekannte Motto: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?» (cla.)



Ständerat **Filippo Lombardi** (CVP) verriet diese Woche an einer Veranstaltung der Swiss-Public-Affairs-Gesellschaft, wie sich die Tessiner im Parlament Gehör verschaffen: «Wenn wir ins Fernsehen wollen, sprechen wir italienisch; wenn wir wollen, dass uns unsere Kollegen zuhören, sprechen wir französisch und wenn wir wollen, dass sie uns verstehen, sprechen wir deutsch.» (eru)



Manche können nicht loslassen. Schon in der letzten Session war Nationalrat **Arthur Loepfe** (CVP/AI) wieder in der Wandelhalle anwesend, weil das Budget beraten wurde. Dieses Mal hatte der frühere Finanzpolitiker offenbar einen weniger guten Grund: Er wurde schon am Mittag beim Apéro mit dem wegen einer Erbschaftsaffäre in die Kritik geratenen SVP-Politiker **Bruno Zuppiger** gesichtet. (tga)



Er freue sich, vor so hochkarätigem Publikum sprechen zu dürfen, sagte **Josias Gasser** (GLP/GR) in der Nationalratsdebatte zum Preisüberwacher. **Markus Hutter** (FDP/ZH) sagte, er freue sich ebenfalls. Und er doppelte nach: «Meine Freude wäre doppelt so gross, wenn mir dieses hochkarätige Publikum auch zuhören würde.» (tga)



Als der damals noch unbekannt **Jimmy Carter** US-Präsident werden wollte, fragten alle «Jimmy who – Jimmy wer?». Dies wurde zum geflügelten Wort, gebraucht immer dann, wenn jemand Unbekanntes etwas Wichtiges werden will. Beim offenbar in der FDP-Fraktion sehr geschätzten, aber im Volk weitgehend unbekanntem Glarner Ständerat **Pankraz Freitag**, nun Kandidat für das FDP-Präsidium, wird diese Frage jetzt halt etwas anders gestellt: «Pankraz wann?» (cla.)

Bund soll Spitäler zur Hygiene zwingen

In der Schweiz fehlt auf Bundesebene ein Hygienegesetz für Spitäler. Nun wächst der politische Druck, damit die Spitäler sich an einheitliche Vorgaben halten müssen. Auch die Überwachung der Spitalinfektionen soll verbessert werden.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Resistente Keime können bei einer Spitalbehandlung zum Tod führen – auch in der Schweiz. Die Bakterien lassen sich zwar mit Massnahmen wie der konsequenten Desinfektion oder Einzelzimmern kontrollieren, auch wenn sich Infektionen nie ganz ausschliessen lassen. Im Gegensatz zu anderen Ländern kennt die Schweiz allerdings kein Hygienegesetz, das den Spitalern Vorgaben macht. «Jeder kann tun, was er will», sagt ein Branchenkenner. Nun geht die Patientenlobby in die Offensive: «Die freiwillige Basis reicht nicht. Einige Spitäler sind mustergültig, andere

machen viel zu wenig.», sagt Erika Ziltener, Präsidentin des Dachverbands der Schweizer Patiententstellen (DVSP) und Zürcher SP-Kantonsrätin. Verschärft wird das Problem offenbar durch den Kostendruck, der mit der Einführung der Fallpauschalen entsteht. Auch für Experten besteht Nachholbedarf: Andreas Widmer von der Klinik für Infektologie und Spitalhygiene am Unispital Basel bestätigt, dass das Potenzial in der Schweiz nicht ausgenutzt wird.

Erste Erhebungen laufen

In einem neuen Vorstoss fordert Nationalrat Thomas Hardegger (SP/ZH) deshalb ein Hygiene-

gesetz. Konkret sollen für die Spitäler Hygienestandards erstellt und deren Umsetzung kontrolliert und sanktioniert werden. Vorbild ist Deutschland, das eine qualifizierte spitalhygienische Betreuung verlangt und detailliert weitere Vorschriften macht.

Nachholbedarf besteht offenkundig ebenso bei der Überwachung von Spitalinfektionen. «In der Schweiz ist dies erst im Aufbau», sagt Andreas Widmer, Mitglied von Swissnoso, einer Expertengruppe der Unispitäler. Im Auftrag des Vereins für Qualitätsentwicklung in Spitalern und Kliniken hat Swissnoso 2010 zwar erstmals die Infektionsraten in

Schweizer Spitalern erhoben und Empfehlungen abgegeben. Dies betrifft aber nur bestimmte Operationen. Auch hier wird die Patientenlobby nun aktiv: In einem weiteren Vorstoss verlangt Nationalrat Jean-François Steiert (SP/FR) vom Bund eine systematische Erfassung resistenter Keime.

Der Forderungskatalog des DVSP setzt weiter auf einen Ausbau der Patientenrechte: So soll die Beweislast bei Infektionen auf das Spital umgekehrt werden. Die Kulanz der Spitäler sei zu gering, sagt Ziltener. «Wohl auch, weil sie wissen, dass die Geschädigten den Beweis nicht erbringen können.» Hinter dem Vorstoss von

Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP/TG) stehen auch Bürgerliche wie Ignazio Cassis (FDP/TI) oder Martin Candinas (CVP/GR).

Für die Unschuldsumsetzung

Der Spitalverband H+ hat seine Position zu den Forderungen noch nicht festgelegt. Der Umkehr der Beweislast etwa steht Direktor Bernhard Wegmüller aber kritisch gegenüber. «Es gilt die Unschuldsumsetzung.» Stattdessen sei eine Regelung der Entschädigung denkbar, wie sie Schweden kenne. Ziltener ihrerseits sagt, ihr Verband wolle bloss den Druck auf die Spitäler erhöhen. «Uns geht es nicht um eine Prozesslawine.»

JOURNAL

Bundesrat will Aufsicht über SNB nicht ändern

Der Bundesrat sieht keinen Anlass, die Aufsicht über die Schweizerische Nationalbank (SNB) grundlegend anzupassen. Dies schreibt er in seinen Antworten auf acht dringliche Interpellationen, die nächste Woche in der Sonderdebatte des Nationalrats zur Affäre Hildebrand diskutiert werden. Der Bundesrat nimmt dabei Bezug auf ein Rechtsgutachten. Dieses kommt zum Schluss, dass die Aufgabenteilung zwischen Verwaltung, Parlament und SNB-interner Aufsicht (SNB-Bankrat) im Rahmen der heute geltenden Verfassungsbestimmungen nicht grundsätzlich anders gestaltet werden könne. (sda)